

Hefte aus Burgscheidungen

Frank E. Lippold

Die „bulgarische Spur“

Das Papst-Attentat und der „Fall Antonow“



237

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Frank E. Lippold

Die „bulgarische Spur“

Das Papst-Attentat und der „Fall Antonow“

1986

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

ISSN 0440 - 5862

ISBN 3-372-00140-0

1. Auflage Heft 237 · 1986

702 613 6
00050

Mittwoch, 13. Mai 1981. Bereits in den frühen Nachmittagsstunden haben sich auf der Piazza Pietro zu Rom die ersten von später 20 000 Gläubigen, Touristen und Schaulustigen eingefunden, um auf Papst Johannes Paul II. zu warten, der eine Generalaudienz gewähren wird. Um 17.15 Uhr passiert der bekannte weiße Jeep das Hauptportal des Palazzo Vaticano am rechten Ende der Kolonnaden und bewegt sich langsam über das imposante Oval. Der Heilige Vater steht aufrecht im offenen Wagen und hält den rechten Arm segnend erhoben. Die Menschen bekreuzigen sich, drängen zur Mitte des Petersplatzes, um möglichst nahe beim Papst zu sein. Mütter halten ihm ihre Kinder entgegen; ein kleines Mädchen wird vom Pontifex maximus in die Arme genommen...

Plötzlich fallen Schüsse. Der Papst bricht getroffen im Wagen zusammen; seine weiße Soutane färbt sich in der Bauchgegend langsam mit Blut. Der Pkw beschleunigt die Fahrt und hat innerhalb weniger Sekunden den Platz verlassen. Dort heulen die Sirenen der Polizeifahrzeuge auf und vermischen sich mit Entsetzensschreien, Weinkrämpfen und Stoßgebeten der Menge. Kaum einer der Augenzeugen weiß in diesem Augenblick, was eigentlich geschah. Wer hat auf Johannes Paul II. geschossen? Ist der Papst tot? Warum dieses grausame Attentat?

Drei Stunden später berichten dann die Nachrichtenagentur ANSA sowie Radiotelevisione Italiana (RAI), daß es Schwester Leticia, einer karatekundigen Nonne, und dem Carabinieri Vito Ceccarelli unmittelbar nach dem Mordversuch gelungen sei, den Attentäter zu überwältigen, der inmitten der Menschenmasse ohnehin kaum eine Fluchtchance besaß. Es ist ein junger Mann mit zunächst unbekanntem Namen.

Noch wichtiger ist für unzählige Menschen in aller Welt freilich die später folgende Information aus dem Vatikan: Johannes Paul II. ist mit einem Krankenwagen in die Gemelli-Klinik der Katholischen Universität gebracht worden. Dort beginnt um 17.55 Uhr die Operation, die fast sechs Stunden dauert. Schwere Bauchverletzungen durch zwei Schüsse haben massive innere Blutungen verursacht, die durch eine Transfusion von drei Litern ausgeglichen werden müssen. Andere Verletzungen am rechten Unterarm und an der linken Hand sind leichter Art. Da der Zustand des Herzens zufriedenstellend ist, hoffen die Ärzte, der Heilige Vater werde den Anschlag überleben. Diese Zuversicht bestätigt sich: Fünf Tage später kann der Patient Glückwünsche zu seinem 61. Geburtstag entgegennehmen.

Über die Hintergründe der Bluttat und über die Person des Attentäters herrscht zunächst völlige Unklarheit. Erst nach und nach gelingt es den italienischen Sicherheitsbehörden, die Identität des sich anfangs als Chilenen ausgebenden Mord-schützen zu klären: Es ist der 23jährige Türke Mehmet Ali Agca, nach dem in seinem Heimatland und, über Interpol, weltweit gefahndet wird.

Er hatte bereits zwei Jahre zuvor, am 1. Februar 1979, den Revolver gegen ein anderes Opfer gerichtet: auf Abdi Ipekci, den namhaften Chefredakteur der liberalen türkischen Zeitung „Milliyet“. Damals waren seine Schüsse tödlich. Der Killer konnte festgenommen werden, doch noch während des Prozesses, in dem er dann in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde, gelang ihm die Flucht aus dem Militärgefängnis von Istanbul.

Warum Agca den Journalisten ermordete, blieb kein Geheimnis. Abdi Ipekci hatte sich durch seine Recherchen und Enthüllungen über die kriminellen Umtriebe der vom Hitler-Verehrer und Nazi-Agenten Alpaslan Turkes gegründeten rechtsextremistischen Partei der Nationalen Bewegung (PNB) — einer als „Graue Wölfe“ bekannten Sektion der neofaschistischen „Schwarzen Internationale“ — einen Namen gemacht. Damit war er auf die Liste der potentiellen Opfer dieser Terroristen geraten. Das „Urteil“ an ihm vollzog dann Agca, Mitglied der Jugendabteilung der „Grauen Wölfe“. Seine Auftraggeber halfen ihm hernach bei der Flucht aus der Haftanstalt und besorgten ihm Unterschlupf bei Gesinnungslumpen in der BRD und später auch in Italien.

Diese Hintergründe helfen jedoch nach dem 13. Mai 1981 bei der Klärung der wichtigsten Fragen offensichtlich nicht weiter: Warum wollte der Türke auch den Papst ermorden? Gab ihm dazu jemand den Auftrag? War er ein Einzeltäter, oder hatte er Komplizen? Alle Antworten, die namentlich die italienische Presse darauf zu finden sucht, sind spekulativer Natur. Selbst die Justizorgane kommen bei ihren Ermittlungen in dieser Hinsicht kaum voran.

Am 22. Juli schließlich verurteilt das römische Stadtgericht am Ende eines Prozesses, der ganze 62 Stunden dauert, Mehmet Ali Agca zu lebenslänglicher Haft. Dem Verbrecher wird außer dem Mordanschlag die Benutzung gefälschter Papiere zur Last gelegt. Die Kammer folgt den Auslassungen des Pflichtverteidigers und vor allem den Beteuerungen des Angeklagten: „Ich bestätige, daß ich allein gehandelt habe... Über mein Vorhaben, den Papst zu töten, habe ich mit nie-

mand gesprochen.“ Die Richter geben bekannt, der Attentäter habe ohne Hilfe gehandelt.

Agca wird in das Hochsicherheits-Gefängnis „Marino del Tronto“ in der mittellitalienischen Provinzstadt Ascoli Piceno eingeliefert, wo er das erste Haftjahr laut Gerichtsbeschuß in völliger Isolation verbringen soll. Damit scheint das Drama, das noch wenige Wochen zuvor nicht nur die katholische Kirche erschütterte, ein Ende gefunden zu haben...

Doch dem ist nicht so — im Gegenteil.

Die CIA legt die Spur

Ein reichliches Jahr später, im September 1982, veröffentlicht das USA-Magazin „Reader's Digest“ einen Beitrag mit der Überschrift „Wer wollte den Papst ermorden?“. Autorin ist jene als ein publizistisches Sprachrohr der Central Intelligence Agency (CIA), dem Koordinierungsorgan der amerikanischen Geheimdienste, bekannte Claire Sterling, die in ihrem früher erschienenen Buch „Das internationale Terror-Netz“ die Lüge aufgetischt hatte, „das Zentrum aller terroristischen Aktivitäten in der Welt, ungeachtet dessen, ob die Ausführer zu den Linken oder Rechten gehören“, sei „in Moskau zu suchen“.

Kernstück ihres neuerlichen demagogischen Machwerkes ist die auf angeblich frischen „Geständnissen“ Agcas fußende Unterstellung, der Anschlag auf den Heiligen Vater sei vor allem in enger Zusammenarbeit mit Bürgern und mit Duldung, ja, sogar Förderung offizieller Stellen der Volksrepublik Bulgarien erfolgt. Solches habe der Attentäter Anfang Mai 1982 zugegeben. Im gleichen Zusammenhang soll er erklärt haben, seine früheren Aussagen über eine alleinige Täterschaft seien lediglich zum Schutz seiner Komplizen erfolgt — in der Hoffnung, daß sie ihn wie jene damals in Istanbul aus dem Gefängnis holen. Agca will darin so sicher gewesen sein, daß er nach dem Urteil sogar auf eine durchaus mögliche Berufung verzichtet habe.

Der USA-Fernsehgeseellschaft National Broadcasting Corporation (NBC) bleibt es dann vorbehalten, die Lügen der Sterling & Co. — selbstverständlich stürzen sich große Teile der imperialistischen Medien auf die neue, nach „Osten“ weisende „Spur“ — auf einen Nenner zu bringen: „Wie aus Quellen... in den USA und westeuropäischen Staaten verlautet, haben höchstwahrscheinlich die Bulgaren nach einem Plan der sowjetischen Geheimdienste, mit denen sie eng zusammenarbeiten, das Attentat vorbereitet.“

Damit schließt sich der Kreis. Das Komplott gegen die sozialistische Staatengemeinschaft im allgemeinen und gegen die VRB im besonderen kann geschmiedet werden.

Obwohl die Bulgarische Telegrafien-Agentur (BTA) umgehend mit umfangreichem Material dieses Lügennetz zerreißt, obwohl auch in Italien, in anderen westeuropäischen Staaten sowie in den USA erhebliche Zweifel an den ungeheuerlichen Behauptungen angemeldet werden, greifen die Justizbehörden auf der Apenninhalbinsel den Fall wieder auf. Die neuerlichen Ermittlungen führt eine Sonderkommission unter Leitung des Untersuchungsrichters Dr. Ilario Martella.

Dieser läßt im November 1982 Mehmet Ali Agca 56 Fotos von verdächtigen Personen vorlegen, die als Mittäter in Frage kommen könnten. Unter diesen sucht der Türke drei Aufnahmen von Männern heraus und bezichtigt die Abgebildeten zugleich der Beihilfe zu seinem Verbrechen. Es sind die Fotos von Todor Awjasow, Kassierer in der bulgarischen Botschaft in Rom, Major Shelja Wassilew, bis zum August 1982 Sekretär des Militärattachés in der gleichen diplomatischen Vertretung, und Sergej Antonow, Angestellter des Büros der VRB-Luftfahrtgesellschaft „Balkan“ in der italienischen Hauptstadt.

Zudem nennt Agca die Namen von vier Landsleuten, mit denen er gleichfalls zusammengearbeitet habe: Musar Serdar Celebi, Chef der Auslandsorganisation der „Grauen Wölfe“, Ömer Bagci und Oral Celik, die ebenfalls der PNB angehören, sowie Bekir Celenk.

Gegen alle wird in Italien Haftbefehl erlassen.

Zwei der bulgarischen „Verdächtigen“ halten sich zu diesem Zeitpunkt in ihrer Heimat auf, befinden sich folglich außer Reichweite der Carabinieri. Shelja Wassilew übt eine neue Funktion aus; Todor Awjasow hat dienstlich in Sofia zu tun, wo er jetzt aus verständlichen Gründen auch bleibt. Sergej Antonow indes befindet sich an seinem Arbeitsplatz am Tiber — er wird am 25. November 1982 auf offener Straße wie ein Krimineller festgenommen und in das römische Rebibbia-Gefängnis verbracht.

Zwei Jahre sitzt er dort in Untersuchungshaft, bis die zuständigen italienischen Instanzen am 26. Oktober 1984 die Entscheidung treffen, in einem zweiten Verfahren vor der Ersten Römischen Strafkammer Anklage gegen die sieben Ausländer wegen Mittäterschaft an dem Verbrechen vom 13. Mai 1981 zu erheben.

Am 2. November 1984 meldet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (BRD) unter Berufung auf die Agenturen AP und dpa: „Die mit der Aufklärung des Attentats auf Papst Johannes Paul II. befaßten italienischen Ermittlungsbehörden haben am Mittwoch dem zuständigen Gericht in Rom die 1 243 Seiten umfassende Anklageschrift vorgelegt. Schon am Freitag war gegen vier Türken und drei Bulgaren im Zusammenhang mit dem Attentat Anklage erhoben worden. Der... zu lebenslanger Haft verurteilte Türke Ali Agca ist in dem jetzt anstehenden Verfahren Hauptbelastungszeuge der Ermittler.“

Weiterhin berichtet das großbürgerliche Blatt: „... Richter Martella hatte am Freitag Anklage gegen den Türken Celik erhoben, weil er ebenfalls auf den Papst geschossen habe. Bei ihm hat es sich nach Angaben Martellas um den zweiten Bewaffneten gehandelt, von dem Agca gesprochen hatte. Agca und Celik sind Freunde seit ihren Kindertagen. Beide gehörten der rechtsgerichteten türkischen Terroristengruppe Graue Wölfe an. ‚Wir waren alle Abenteurer und Söldner, dazu bereit, gegen Geld alles zu tun, besonders zur politischen Verunsicherung, für jeden, der danach fragen würde‘, sagte Agca der Anklageschrift zufolge.“

Diesmal sei der Auftrag zur Bluttat am Heiligen Vater aus dem sozialistischen Balkanland gekommen. Das behauptet jedenfalls Agca, und das glaubt offensichtlich auch Dr. Martella. Er kommt nämlich — so die „FAZ“ weiter — „in seinem Bericht zu dem Schluß, daß die Verschwörung zur Ermordung des Papstes Anfang Juli 1980 in der bulgarischen Hauptstadt Sofia konkrete Formen annahm. Am 15. Juli habe Agca dort im Hotel ‚Vitoshka‘ Todor Ajvezow (gemeint ist T. Awjasow — d. Verf.) kennengelernt, einen der Angestellten der bulgarischen Botschaft in Rom, die bei dem Verbrechen knapp ein Jahr später seine direkten Komplizen wurden.“

Der hier erwähnte Bericht des Untersuchungsrichters faßt auf über 25 000 Seiten die seit dem Herbst 1982 gesammelten Aussagen zusammen. Sie stammen in erster Linie von Mehmet Ali Agca, der nunmehr vom Rückfälltäter mit einer lebenslänglichen Strafe und einem Todesurteil zum Kronzeugen der Anklage avanciert ist. Wie es zu seinem Widerruf der früher zu Protokoll gegebenen Erklärungen und zum neuen „Geständnis“ gekommen ist, wurde offiziell nie geklärt. Interessant erscheint in diesem Zusammenhang allerdings ein Bericht von RAI über erstaunliche Kontakte des in Isolationshaft sitzenden Attentäters.

Dort besuchen ihm zum Beispiel am 29. Dezember 1981

Major Petrucelli vom italienischen Geheimdienst SISMI und Oberst Dr. Bonagura von dessen „Schwester“ SISDE, die eng mit der CIA kooperieren, mehrere Stunden in der Zelle. Ständigen Zutritt zu Agca hat der Gefängniskaplan, Pater Mariano Santini, der später als Mitglied der Mafia entlarvt wird. Enge Kontakte mit dem Türken pflegen weiterhin, als angeblicher Italienisch-Lehrer, Giovanni Senzani, einer der Ideologen und Anführer der Terrororganisation „Rote Brigaden“, und Raffaele Cutolo, der Boß der neapolitanischen Mafia-Nachfolgerin „Nuova Camorra Organizzata“, die gleichfalls in Ascoli Piceno einsitzen.

Ein Wust von Lügen

Doch zurück zu dem angeblichen Beweismaterial gegen „die Bulgaren“. Es beweist überhaupt nichts. Selbst Dr. Ilario Martella muß vor der Presse einräumen, daß sein Hauptzeuge vielfach die Unwahrheit gesagt hat und er ihn mindestens hundertmal der Lüge überführte. Das beginnt bei der Versicherung Agcas, er habe „mit Sofia“ auch die Ermordung der britischen Königin Elisabeth II., des tunesischen Präsidenten Habib Bourguiba, des maltesischen Ministerpräsidenten Dom Mintoff und anderer namhafter Persönlichkeiten geplant, und endet bei den Behauptungen hinsichtlich der Mittäterschaft der drei angeklagten Staatsbürger der VRB am 13. Mai 1981.

Das italienische Blatt „L'Espresso“ gelangt angesichts solcher „Untersuchungsergebnisse“ zu dem Schluß: „Von dem Moment an..., in dem die Erzählung von Agca bei den drei angeblichen bulgarischen Komplizen ankommt, basiert alles ausschließlich auf seinen Worten und, vor allem, die Rekonstruktion wird voller Widersprüche, erwiesener Lügen, Widersprüche, Angaben von Fakten und Einzelheiten, von denen man nicht versteht, wie und über welche Kanäle Agca zu dieser Kenntnis gelangt ist.“

Auch „Le Figaro“ (Paris) — um eine weitere kritische westliche Pressestimme zu zitieren — konstatiert: „Das einzige, worüber die italienischen Untersuchungsrichter heute verfügen, sind die widersprüchlichen Aussagen Agcas und ein Berg von Dokumenten über Antonows Unschuld, die Sofia vorgelegt hat.“

Dafür seien hier nur einige Beispiele genannt: Durch die exakte Beschreibung von äußeren Kennzeichen, Gewohnheiten und spezifischen Hobbys der beschuldigten Bulgaren sowie ihrer Wohnungen in Rom, durch Angaben über Telefonnum-

mern und Wagentypen sowie andere Details will Agca belegen, daß er Awjasow, Wassilew, Antonow, dessen Frau Rossiza und zehnjährige Tochter Anni sowie einige ihrer Kollegen persönlich kennt. Doch selbst Dr. Martella muß in seinem Ermittlungsbericht folgende Fragen mit einem eindeutigen „Nein“ beantworten: War Agca jemals im römischen „Balkan“-Büro oder gar in der Wohnung Antonows in der Via Pola 29? Verkehrte er mit den angeklagten Bulgaren? Begegnete er u. a. dem einstigen 1. Sekretär der VRB-Botschaft in Italien, Iwan D o n t s c h e w ?

Besondere Aufmerksamkeit finden in der Öffentlichkeit verständlicherweise jene eklatanten Widersprüche zwischen krimineller Dichtung und durch Zeugen belegter Wahrheit hinsichtlich der Ereignisse unmittelbar vor dem Tag des Attentats und an diesem selbst.

Agca behauptet: Am 10. Mai 1981 hätten Antonow, Awjasow, Wassilew, er und vier seiner Landsleute in Antonows Wohnung die endgültige Vereinbarung über das Verbrechen gefaßt. Dabei seien auch Rossiza Antonowa und die kleine Anni in der Via Pola 29 gewesen.

Die Wahrheit ist: Mutter und Tochter hielten sich zu diesem Zeitpunkt nicht in Rom, sondern in Bulgarien auf.

Agca behauptet: Am 11. und 12. Mai seien Antonow, Awjasow, Celik und er an dem für das Attentat vorgesehenen Zeitpunkt auf dem Petersplatz gewesen, um sich mit der Lage bekanntzumachen, alle Einzelheiten abzusprechen und zu prüfen.

Die Wahrheit ist: Die beiden Bulgaren gingen — wie mehrere Zeugen, darunter italienische Amtspersonen, bestätigen — in diesen Stunden ihren dienstlichen Obliegenheiten nach.

Agca behauptet: Am 13. Mai hätten sich Awjasow, Antonow, Celik und er um 15.00 Uhr auf der Piazza della Repubblica getroffen, den Corso Trieste passiert, wo der „Balkan“-Mitarbeiter zwei Attaché-Koffer mit je einer Walther-Pistole und einer „Panikbombe“ an sich nahm, und seien gegen 16.00 Uhr in unmittelbarer Nähe des Petersplatzes gewesen. Dort, in der Conciliazione-Straße unweit der kanadischen Botschaft, wo bereits zuvor ein Pkw geparkt worden sei, habe sich Awjasow verabschiedet und ihnen viel Erfolg gewünscht. Er, Antonow und Celik hätten sich dann in ein Restaurant begeben, sich dort bei einem Kaffee auf Englisch unterhalten und anschließend getrennt. Während die beiden Türken zur Piazza Pietro gingen, um das Verbrechen auszuüben, hätte Antonow beim Flucht-Auto in der Conciliazione-Straße gewartet, um sie gleich nach dem Attentat in Sicherheit zu bringen, d. h. zu einem vom Zoll bereits verplombten bulgarischen TIR-Last-

zug, auf dessen Ladefläche sie aus Italien herausgeschmuggelt werden sollten.

Die Wahrheit ist: Sergej Antonow hielt sich – was ebenfalls mehrere Zeugen bestätigen, so der Sergeant der Guardia di finanza (Finanzpolizei) Maurizio Lucheta – zum Zeitpunkt des Anschlages auf den Heiligen Vater (17.17 Uhr) schon seit längerem an seinem Arbeitsplatz im Büro der Fluggesellschaft auf. Zudem beherrscht er, außer einigen Fachtermini, die englische Sprache nicht...

Folgerichtig kommen die Ermittlungsbehörden in ihrem Bericht zu dem Schluß: „Agca bedient sich der Technik skrupelloster Lügen.“

Ein antibulgarischer Prozeß wird zurechtgezimmert

Trotzdem wird Sergej Antonow, dessen schon zuvor angegriffener Gesundheitszustand durch den psychischen Druck und die Haftbedingungen nach Angaben der ihn untersuchenden italienischen Professoren sich stetig verschlechtert, weiter in Gewahrsam gehalten. Trotzdem ziehen Dr. Ilario Martella und der stellvertretende Generalstaatsanwalt beim Römischen Appellationsgericht, Antonio Albano, die Anklageschrift nicht zurück.

Dafür schaltet sich nunmehr eine fremde, offiziell völlig unbeteiligte Institution direkt und vehement in das Geschehen ein: die CIA. Direktor William Casey, von Präsident Ronald Reagan getadelt, daß „seine Organisation nichts Konkretes tue“, empfängt Dr. Martella und beauftragt sieben Spezialagenten, den italienischen Behörden „zu helfen“. Zugleich wird vom Headquarter der „Agentur“ in Langley (Virginia) aus eine Intrige gesponnen, die – so die italienische Zeitung „Corriere della Sera“ – „gleichzeitig Verblüffung und Grauen aufkommen läßt“.

Da schreibt zum Beispiel Paul Bernhard Henze, früherer CIA-Offizier im Range eines Generals, von 1958 bis 1959 sowie von 1974 bis 1977 Chefpräsident des Geheimdienstes in der Türkei und, vor der Pensionierung 1980, als dessen Bevollmächtigter Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates der USA, sein Buch „Das Mordkomplott gegen den Papst“. Darin wärmt er u. a. seine frühere Lüge auf, der in den siebziger Jahren in der Türkei wütende Terror der „Grauen Wölfe“ und anderer rechtsradikaler Organisationen sei von Moskau aus gelenkt worden, und schlußfolgert, der sowjetische Geheimdienst habe seine Hand ebenfalls beim Mordanschlag auf den Papst im Spiel.

Henze und seine Handlangerin Sterling versuchen, vor allem den türkischen Publizisten Ugur Mumcu als einen ausgezeichneten Kenner der Terrorszene am Bosphorus dafür zu gewinnen, diese Mär zu unterstützen. Dessen Reaktion indes ist eindeutig: „Dies ist eine glatte Erfindung. Keine Beweise. Keine Indizien. Das ist ungläubhaft. Ich habe Henze und der Sterling eine ablehnende Antwort gegeben.“

Ungeachtet dieser und anderer Schlappen setzt die CIA ihre Machenschaften fort. Sie haben zwei Ziele:

Erstens sollen alle Verbindungen der „Grauen Wölfe“ und Mehmet Ali Agcas zur CIA verwischt werden. Denn es ist erwiesen, daß die türkischen Neofaschisten enge Kontakte zu US-Geheimdiensten und offiziellen Vertretern der Washingtoner Administration pflegen. Dafür hatten Paul B. Henze, ferner der Kaderchef der CIA, Alexander Pek, und viele Agenten gesorgt, vor allem Ruzi Nazari, der als Angestellter der amerikanischen Botschaften in Ankara bzw. Bonn die „Grauen Wölfe“ gesteuert und kontrolliert haben soll.

Sie werden zudem, wie bereits Abdi Ipekci, Agcas erstes Opfer, enthüllt hatte, aus den Vereinigten Staaten finanziert. Am 31. Mai 1981 konnten bei der Verhaftung des Ex-Obristen Turkes und der Haussuchung im Istanbuler Büro der PNB Dokumente über dreizehn Geldüberweisungen sichergestellt werden. Der Absender war ein gewisser Walter Jakob Fressich aus Montpean Park (California), in dessen Briefkopf die Bezeichnung „Partito nazionale fascista – Partido Nacional Falange“ steht und der in den CIA-Soldlisten geführt wird. Daraus schlußfolgert Paul Goldstein, mit dem sonderbaren Titel eines „europäischen Experten für Spionageabwehr“ Angestellter der US-Organisation „Neue Solidarität“ in Wiesbaden (BRD), gegenüber einem Journalisten wohl nicht unbegründet: Wenn die „Grauen Wölfe“ einen Mordversuch gegen den Papst unternommen haben, dann nur mit Wissen der CIA.

Im übrigen hielt sich Agca – laut „France Soir“ (Paris) der „Star-Mörder der blutgierigen extrem rechten türkischen Organisation“ – selbst vierzig Tage in jenem Lager für Terroristenausbildung auf, das der CIA-Söldner Frank Turpil nahe der libanesischen Hauptstadt Beirut organisierte. Jener versorgte, über seine Firma „Oceanic International“, u. a. auch die „Grauen Wölfe“ mit Waffen, darunter 9-mm-Brownings – also des Typs, mit dem auf den Papst geschossen wurde.

Zweitens gilt es, das konfuse Gerede des längst als notorischen Lügner entlarvten Kronzeugen der Anklage zu möglichst handfesten Beweismitteln für die Existenz einer „kommunistischen Verschwörung“ nicht allein gegen das Oberhaupt

der katholischen Kirche, sondern auch gegen Politiker des Westens und der Dritten Welt zu manipulieren.

Das ist freilich nicht so einfach. Es handele sich hierbei um „eine Operation, die ein äußerst geschicktes und feinfühliges Vorgehen erfordert“, mahnte der US-Botschafter in Italien, Maxwell Rabb, telegrafisch das State Department in Washington. Doch sie lohne sich, denn: „Die Kompromittierung Bulgariens, des treuesten Anhängers der UdSSR, wäre ein Schritt zur Diskreditierung der sowjetischen Führung und würde Moskau als Zentrum des internationalen Terrorismus hinstellen. Italien und seine Verbündeten könnte man dann überzeugen, daß der Kreml bezweckt, Westeuropa zu destabilisieren. Dies würde den Nutzen jeglichen Dialogs in Frage stellen.“

Der propagandistisch forcierte und juristisch zumindest versuchte Aufbau des Vehikels einer „Bulgarian Connection“ sowie die publizistische Mobilmachung gegen die VRB – allein im Dezember 1982 erscheinen in den USA mit über tausend antibulgarischen Beiträgen so viel wie in den ganzen siebenziger Jahren – ist mithin nicht isoliert zu sehen. Die damit angestrebte Diffamierung eines Landes des Warschauer Vertrages erfolgt vielmehr ganz im Sinne der Konfrontationsstrategie der Washingtoner Administration und der NATO.

Nicht von ungefähr, sondern wohl durchdacht und genau geplant wird von der CIA die „bulgarische Spur“ zu dem Zeitpunkt gelegt, da die Friedensbewegung immer mehr erstarbt und an politischem Gewicht gewinnt. Um die im NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 vorgesehene Stationierung der atomaren US-Mittelstreckenraketen „Pershing II“ und Marschflugkörper „Cruise Missiles“ in den westeuropäischen Ländern zu erzwingen, bedarf es einer geeigneten Atmosphäre. Wieder einmal muß die abgedroschenste Phrase des Kalten Krieges, die immer wieder beschworene „Bedrohung aus dem Osten“, herhalten.

„Beides – die Diffamierung der Gegner der Raketenstationierung und die Diskreditierung der sozialistischen Länder – schaffen auch jetzt... die Voraussetzungen zur Rechtfertigung des Aufrüstungskurses von USA und NATO“, konstatiert der luxemburgische Journalist Jacques Drescher.

Systematische Verleumdung Bulgariens

Ein besonders perfides Beispiel dieser politischen Brunnenvergiftung bieten die sich nunmehr häufenden Behauptungen, Bulgarien spiele im internationalen Drogenhandel eine

wichtige Rolle. Dabei gehen die Spezialisten der psychologischen Kriegsführung gegen die sozialistischen Länder von folgender Tatsache aus: Seit Jahren besteht zwischen Sicherheitsbehörden und Drogenfahndern in aller Welt ein Konsens darüber, daß Terrorismus und Rauschgifthandel eine unheilvolle Allianz eingegangen sind, daß ihre politischen wie ökonomischen Drahtzieher häufig identisch sind.

Folglich scheint es gar nicht so abwegig, wenn zunächst im Zusammenhang mit Agca auch Bezüge zur internationalen Narkotika-Szene hergestellt werden. Denn die „Grauen Wölfe“ haben ihre blutigen und schmutzigen Finger erwiesenermaßen im Haschisch- und Heroingeschäft. Auch gegen die in Rom angeklagten Celebi und Bagci ermittelt Interpol wegen Drogendelikten. Überdies pflegte Agcas terroristischer Lehrmeister Turpil – laut „Sunday Press“ (Dublin) – im Auftrag der US-Geheimdienste Kontakte zu Rauschgiftringen. Als „Dank“ dafür wurde er nach seiner Verhaftung durch das Federal Bureau of Investigation (FBI) und vor einem Prozeß wegen Waffenschmuggels auf Vermittlung des damaligen CIA-Direktors Turner wieder freigelassen, so daß er flüchten konnte. Die amerikanischen Gerichte verurteilten Turpil nur noch „in Abwesenheit“ zu fünfzig Jahren Gefängnis...

Doch wie kann die Volksrepublik Bulgarien mit alledem in Zusammenhang gebracht werden?

Da sich Rauschgift im politischen Ränkespiel immer besonders attraktiv macht und allemal spektakuläres Aufsehen verspricht, greifen die CIA und ihre propagandistischen Helfershelfer die ebenfalls widerlegte Behauptung Agcas auf, er habe während eines Aufenthaltes in Sofia sowohl Kontakte zu offiziellen Stellen der VRB geknüpft als auch Landsleute wie eben Ömer Bagci getroffen, die – obgleich des Rauschgift-handels verdächtig – ebendort gleichfalls aus und ein gegangenen seien. Und Henze versteigt sich sogar in die Lüge, „Sofia verdient mit Rauschgift- und Waffenschmuggel jährlich rund 40 Milliarden Dollar“ – mithin doppelt so viel wie der ganze reguläre Außenhandel ausmacht.

Tatsächlich spielte Bulgarien in den Plänen der international operierenden Drogensyndikate einst eine Rolle. Sofia war so etwas wie der Schnittpunkt zweier klassischer Kanäle für Rauschgift. Der eine führte vom Nahen Osten über Istanbul nach Hamburg und Paris und von dort nach Toronto und New York, der andere von Athen bis weit in die skandinavischen Länder.

Aber gerade angesichts der Versuche, Bulgarien aufgrund seiner geografischen Lage als Transitland für den Drogenschmuggel zu mißbrauchen, gehörte die Volksrepublik zu den

ersten, die dem Aufruf der UNO zur weltweiten Zusammenarbeit im Kampf gegen den Rauschgifthandel Folge leisteten. 1978 und 1980 war zum Beispiel die Hafenstadt Varna Tagungsort internationaler Zollkonferenzen, die sich mit diesem Thema beschäftigten. Und die bulgarischen Fahnder trafen sich mehrfach mit Kollegen aus den USA zu Seminaren, die dem Erfahrungs- und Informationsaustausch dienten.

Vielen Schmugglern konnten die VRB-Zöllner bereits das Handwerk legen. In den vergangenen achtzehn Jahren deckten sie rund 1 000 Fälle des illegalen Transports auf und beschlagnahmten dabei insgesamt 30 000 Kilogramm Opiate, darunter 500 Kilogramm Morphinkonzentrat und 200 Kilogramm Heroin.

Nicht allein diese Fakten sorgen dafür, daß die Verleumdungskampagne der CIA auch in Sachen Rauschgift ein Rohrkrepierer wird, sondern ebenso die Gegendarstellungen namhafter internationaler Experten:

Professor George Ling, Direktor des UNO-Rauschgiftdezernats: „Die Anstrengungen, die Bulgarien für die Kontrolle des illegalen Schmuggels unternimmt, haben eindeutig bewiesen, daß es damit die internationale Öffentlichkeit in ihren Bemühungen um ein besseres Leben unterstützt.“

James Clowson, stellvertretender Generalsekretär des Rates für Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens: „Allein die Tatsache, daß dieses kleine Land, das selbst keinerlei Probleme mit der Rauschgiftsucht hat, die Initiative für die Bekämpfung des Drogenschmuggels ergriffen hat, ist heutzutage ein herausragendes Ereignis, das nicht genug zu loben und anzuerkennen ist.“

Lee Dogoloff, Berater des ehemaligen US-Präsidenten James E. Carter für Rauschgiftfragen: „Der bulgarische Beitrag zur Unterbindung des illegalen Drogenschmuggels ist erheblich. Man leistet dort eine hervorragende Arbeit an der Narcotic line (Drogenfront).“

Bulgarien tut alles zur Wahrheitsfindung

In gleicher Weise, wie Bulgarien die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung dieser Art des organisierten Verbrechens fördert, zeigt es sich nunmehr im „Fall Antonow“ überaus kooperativ. Obwohl mit Italien kein Rechts-hilfeabkommen besteht, läßt der VRB-Generalstaatsanwalt, Kostadin Ljutow, im Interesse der Wahrheitsfindung über das Papst-Attentat Untersuchungsrichter Dr. Martella in das

Balkanland ein. Weiterhin wird vorgeschlagen, zwischen den zuständigen Organen beider Länder Informationen auszutauschen.

Ilario Martella reist — begleitet von Antonio Albano und dem Chef der italienischen Interpol-Sektion, Edmondo Patuto — nach Sofia. Eine Woche lang sprechen sie mit Todor Awjasow, Shelja Wassilew, Rossiza Antonowa und mit Bekir Celenk, der in Bulgarien unter Kontrolle gestellt worden ist. Diesen verhört auch Carlo Palermo, ein Untersuchungsrichter aus Trento, zu Problemen, die im Zusammenhang mit den von ihm geführten Ermittlungen gegen einen großen Waffen- und Drogenhändlerling in Norditalien stehen könnten.

Die Aufenthalte der italienischen Juristen enden mit kollegialen und offiziellen Erklärungen ihrerseits, daß sie mit den von den bulgarischen Ermittlungsorganen geschaffenen Arbeitsbedingungen, mit der gesamten Atmosphäre zufrieden seien.

Eine wichtige Rolle bei ihren Recherchen spielen die Fragen nach den Aufenthalten der Türken in Bulgarien. Dabei ergibt sich folgendes:

Mehmet Ali Agca will im Juli und August 1980 mit einem falschen Paß auf den Namen des indischen Bürgers Joginder Singh in Sofia gewesen und dort in dem von ihm belegten Zimmer 911 des Hotels „Vitosha“ u. a. mit Bulgaren zusammengetroffen sein. Seine Einreise wäre, insbesondere unter den Bedingungen des damaligen visafreien Verkehrs in der VRB, möglich gewesen, doch seine völlig falschen Darstellungen von Details widersprechen dem. Das von ihm bezeichnete Hotelzimmer zum Beispiel war zum genannten Zeitpunkt ständig von Kuwaitis, Briten und anderen Ausländern bewohnt.

Bekir Celenk, Besitzer einer Uhrenfirma in der BRD mit zahlreichen ausländischen Filialen, einer Reederei in Panama, einer Hotelkette und mehrerer Handelsunternehmen, weilte mehrfach in Bulgarien, um mit den dortigen Außenhandels-gesellschaften Geschäfte zu tätigen. Das ist auch zu jenem Zeitpunkt der Fall, da die Italiener erklären, er sei der Mit-täterschaft am Papst-Attentat verdächtig. Daraufhin wird ihm von den bulgarischen Behörden der Paß entzogen, er darf das Land nicht verlassen. Eine Auslieferung Celenks an Italien erfolgt nicht, da von dort erstaunlicherweise — trotz des geltenden Haftbefehls — kein entsprechender Antrag gestellt wird. Der Türke ist gewiß alles andere als ein Mann mit weißer Weste, doch die Bezeichnung, an dem Verbrechen auf dem Petersplatz beteiligt gewesen zu sein, beruht zur Zeit

einzig und allein auf Behauptungen Agcas. Auch seine im Rahmen der antibulgarischen Kampagne von westlichen Medien hochgespielte Verwicklung in den Rauschgifthandel ist nicht erwiesen — die türkischen Behörden beschuldigen ihn bislang allein mehrerer Devisenvergehen.

Das alles kommt sowohl beim Aufenthalt der italienischen Juristen in Sofia als auch bei der Visite dreier Untersuchungsbeamter der VRB in Rom zur Sprache, die dort Agca verhören, mit Antonow sprechen, Tatortbesichtigungen und Überprüfungen vornehmen. Diese auf bulgarische Initiative hin begonnene gegenseitige Unterstützung erweist sich somit als nützlich. Sie zeigt zugleich, daß man in Sofia nichts zu verbergen oder gar zu befürchten hat.

Internationale Solidarität für den unschuldigen Antonow

Doch vor dem Appellationsgericht am Tiber bleibt Sergej Antonow weiterhin unter Anklage. Er darf zwar einigemal wegen seines immer schlechter werdenden Gesundheitszustandes vorübergehend das Gefängnis verlassen und steht unter Hausarrest, aber dann muß er immer wieder zurück in die Zelle. Obwohl bisher keinerlei Fakten über seine Schuld — von Beweisen ganz zu schweigen — gefunden oder festgestellt wurden und die Chancen dafür zweifellos gleich Null sind, soll ihm der Prozeß gemacht werden.

Sergej Antonow richtet deshalb ein Schreiben an den Präsidenten der Republik Italien, Alessandro Pertini, in dem er u. a. ausführt: „Ich möchte noch einmal entschieden erklären, daß ich Agca nicht kenne und diesen Verbrecher nie und nirgendwo getroffen habe... Mein Festhalten im Gefängnis, obwohl ich absolut unschuldig bin, die Bezeichnung ungeheuerlicher Freveltaten sowie die Ergreifung der Gelegenheit, um Verleumdungen gegen mich, meine Familie und meine Heimat zu richten, sind eine Ungerechtigkeit, die sich auf meine Gesundheit, auf mein privates und berufliches Leben äußerst schwer auswirkte und unauslöschbare Spuren für meine Zukunft hinterlassen wird. Ich wende mich an Sie, sehr geehrter Herr Präsident, und appelliere an Ihr Gefühl für Gerechtigkeit, ich bitte Sie darum, daß Sie für meine unverzügliche Befreiung intervenieren, damit ich in die Heimat und zu meiner Familie zurückkehren kann.“

Auch sein Verteidiger, Giuseppe Consolo, Professor für Recht an der Universität Rom, bekräftigt: „Antonow ist völlig unschuldig. Trotzdem hat dieser absolut unschuldige Mensch ... Jahre seines Lebens im Gefängnis verloren!“ In dieser

Zeit haben die Untersuchungsrichter für seine Schuld keinen einzigen Beweis finden können. „Es gibt keinerlei Gründe, ihn vor Gericht zu stellen.“

Das ist auch die Überzeugung vieler Menschen in vielen Ländern. Es formiert sich eine internationale Bewegung zur Verteidigung Sergej Antonows, die immer repräsentativeren Charakter gewinnt. In den sozialistischen Staaten, in Frankreich, Italien, Mexiko, Indien, Australien und andernorts werden Nationalkomitees unter Teilnahme prominenter Politiker, Vertretern der Öffentlichkeit, Juristen und kirchlicher Würdenträger gegründet. Unter Hinweis auf die überzeugenden Beweise für die Unschuld der bulgarischen Bürger entfalten sie eine aktive Kampagne für die unverzügliche und bedingungslose Freilassung Antonows und die Wiederherstellung des guten Rufes aller verleumdeten Bulgaren.

Der neue Prozeß

Trotzdem beginnt am 27. Mai 1985 im Foro Italoico der Prozeß gegen Antonow und seine Landsleute sowie gegen die vier Türken. Die Dauer ist auf sechs bis sieben Monate angesetzt.

Hauptzeuge der Anklage bleibt der überführte und verurteilte Attentäter Mehmet Ali Agca. Bereits am ersten Verhandlungstag ruft er plötzlich aus: „Ich bin Jesus Christus. Ich bin allmächtig. Ich verkünde das Ende der Welt.“ Er wird zunächst abgeführt, aber fünf Minuten später wieder in den Gerichtssaal gebracht, wo er dann beteuert, er sei geistig völlig gesund und „recht intelligent“.

In diesem Stil geht es hernach weiter. Agca gebärdet sich immer seltsamer, meditiert darüber, ob er Jesus Christus oder jener ein Teufel sei, erteilt dem Gericht Verhaltensmaßregeln, wendet sich zumeist an die anwesenden Journalisten, stammelt ungefragt zusammenhangloses Zeug — und ergeht sich immer wieder in Unwahrheiten. Warum? Die Antwort gibt Agca in einem von der Istanbulzeitung „Hürriyet“ veröffentlichten Interview: „Jeder hat eine eigene Methode der Verteidigung. Meine Taktik ist das Lügen, damit die Lüge mein Schutzpanzer wird.“

Der Verteidiger Celenks fordert daraufhin ein psychiatrisches Gutachten über den Attentäter. Doch Gerichtspräsident Severino Santiapecchi weist den Antrag zurück, indem er Agca als einen „klugen Mann“ charakterisiert. Dafür sind ihm die Vertreter der Anklage gewiß dankbar, denn eine mögliche Attestierung der Unzurechnungsfähigkeit ihres Kronzeugen hätte die Glaubwürdigkeit seiner Aussagen in Frage

gestellt und der Staatsanwaltschaft damit jeglichen Grund zur Fortsetzung der strafrechtlichen Verfolgung der Angeklagten genommen.

Ordentliche Beweise dafür gibt es noch immer nicht. Je länger der Prozeß dauert, um so deutlicher wird, daß vor der Ersten Römischen Strafkammer nicht einmal Indizien für die Beteiligung bulgarischer Staatsbürger an dem Mordanschlag auf Johannes Paul II. erbracht werden können. Dafür zeichnen sich immer deutlicher andere Spuren ab, die in Richtung Türkei, Italien und in die USA weisen.

So wird festgestellt, daß sich Agca fast während der ganzen Zeit der Vorbereitung des Attentats in Begleitung dreier Türken, der „Grauen Wölfe“ Mahmut Inan, Eyup Erden und Erdal Onal, in Westeuropa aufgehalten hat. Inan vereinbarte für ihn zwei Treffen mit Musa Serdar Celebi in Mailand und Zürich. Am 4. April 1981 übergab Agca in Olten (Schweiz) an Ömer Bagci ein Paket, in dem sich die spätere Tatwaffe befand, die er — durch Vermittlung Turpils — aus den Beständen eines österreichischen Waffenhändlers erhalten hatte. Am Abend des 9. Mai trafen dann Agca, Bagci und ein weiterer türkischer Neofaschist im Restaurant des Hauptbahnhofes von Mailand zusammen, wo der Attentäter das Paket mit der Pistole sowie 1 500 Schweizer Franken übernahm. Am gleichen Tag hatte Agca auf dem Airport Milano auch eine Begegnung mit Oral Celik.

Doch wer war außer Agca während des Attentats auf dem Petersplatz anwesend?

Das Gericht gelangt nach Durchsicht des dokumentarischen Film- und Fotomaterials über dieses Ereignis zur Ansicht, es müßten drei weitere Türken gewesen sein. Agca nennt dafür Celik, Ömer Ay und Sedat Sirri Kadem, die wie er in Malatya aufgewachsen sind. Ay und Kadem bestreiten jedoch bei Vernehmungen durch Staatsanwalt Dr. Antonio Marini entschieden, in irgendeiner Weise in das Verbrechen verwickelt zu sein.

Zusammenspiel internationaler Faschisten

Im Zusammenhang mit dieser „türkischen Spur“ sorgt ein Bericht aus Istanbul für Schlagzeilen. Dort war Bekir Celenk, den die bulgarischen Behörden freigelassen hatten, im Juli 1985 eingetroffen. Er glaubte den Zusicherungen seiner Anwälte, ein türkisches Militärgericht klage ihn lediglich wegen unbedeutender Vergehen an und er könne bei seiner Rückkehr mit einer Geldstrafe davonkommen. Doch das Gegenteil

war der Fall: Celenk wurde sofort verhaftet, nunmehr des illegalen Waffen- und Drogenhandels beschuldigt, für den der Militärstaatsanwalt die Todesstrafe forderte. Daraufhin ließ der Türke über seine Anwälte dem römischen Berufungsgericht die mündliche Mitteilung zukommen, er beabsichtige, im Zusammenhang mit dem Papst-Attentat „große Enthüllungen“ zu machen. Aber dazu sollte er nicht mehr kommen: Zuerst verzögerten die türkischen Behörden seine Vernehmung in dieser Sache, dann konnte Celenk nichts mehr sagen — er verstarb plötzlich an einem Herzinfarkt.

Besondere Aufmerksamkeit erregt im weiteren Verlauf des Prozesses verständlicherweise all das, was mit italienischen Bürgern und Dienststellen im Zusammenhang steht. Und darunter fällt ein Sachverhalt besonders ins Auge: „Nachlässigkeiten“, Fälschungen und illegale Aktionen des militärischen Geheim- und Sicherheitsdienstes SISMI.

Dieser wußte — u. a. durch eine Mitteilung der türkischen Botschaft in Rom — bereits im April 1981 von Reisen des steckbrieflich gesuchten Agca nach Italien. Er ließ ihn auch, wie aus einem vom SISMI-Direktor, General Santovito, unterzeichneten Bericht an die Staatsanwaltschaft hervorgeht, observieren — bis zum Vorabend des Attentats. Dafür erstellte er genau einen Tag danach einen Bericht, demzufolge die sowjetische Führung „papstfeindlich“ eingestellt sei. Und am 19. Mai 1981 versteigt sich der SISMI sogar in die Behauptung, der Beschluß zur Ermordung Johannes Paul II. sei auf einer „Geheimerberatung“ der Warschauer Vertragsstaaten im November 1980 auf Anregung Moskaus gefaßt und zu diesem Zweck wäre Agca auf der Krim ausgebildet worden.

Doch der SISMI tut noch mehr. „Die Aktivität unseres Geheimdienstes war intensiv“, muß Verteidigungsminister Lelio Lagorio zugeben. „In Italien wurde ein Kontakt mit Agca selbst hergestellt, der vom Gericht zugelassen wurde.“ Damit ist das bereits erwähnte Gespräch in Ascoli Piceno gemeint. Aber damit nicht genug.

Im Dezember 1981 kam auch General a. D. Pietro Musumeci in die Haftanstalt „Marino del Tronto“. Er war bis zum Herbst stellvertretender Direktor des SISMI, wurde dort jedoch — gleich General Santovito — wegen seiner Mitgliedschaft in der faschistischen Geheimorganisation P-2 entlassen. Als „Sozialversicherungs-Angestellter“ getarnt, nahm der Ex-Geheimdienstchef mit den im Gefängnis einsitzenden „Camorra“-Angehörigen Verbindung auf und ließ durch sie Mehmet Ali Agca eine Aufstellung mit den wichtigsten Punkten zuspielen, nach denen dieser seine neuen „Aussagen“ machen

sollte. Musumeci bestreitet jetzt diesen Besuch, doch zwei Carabinieri bezeugen ihn vor Gericht.

USA direkt beteiligt

Durch SISMI-Mitarbeiter kam es auch zu Verbindungen in die USA, die im Zusammenhang mit dem Papst-Attentat und dem „Fall Antonow“ beziehungsreich sind. So nahm der Agent Francesco P a z i e n z a am 9. Dezember 1980 an einer Beratung in New York teil, bei der — in Anwesenheit von Alexander Haig, alsbald Außenminister der USA — eine Aktion zur Unterstützung der These von der „Beteiligung sozialistischer Länder am internationalen Terrorismus“ beschlossen wurde.

Im April 1981 kam es dann in Miami (Florida) zu einem weiteren Treffen, bei dem offensichtlich einzelne Schritte dieses Vorhabens erörtert wurden. Während sich die US-Zollbehörden hinsichtlich der Gastgeber bedeckt hielten, nannten sie die Namen der Ausländer. Es waren Steffano Delle Chiaie, der Führer der italienischen neofaschistischen „Nationalen Avantgarde“, und Oral Celik. Auch Agca wollte ursprünglich nach Miami kommen, wie der bei den US-Behörden eingereichte Antrag auf ein Einreisevisum belegt. Er wurde jedoch abgelehnt. Offenbar wollte die CIA in Kenntnis der Agca zugelegten Rolle vermeiden, daß in seinem auf den Namen Faruk Özgün gefälschten Paß eine Spur auftaucht, die nach Übersee zielen würde.

Die Bloßlegung dieser und anderer Verbindungen, die u. a. nach Israel und in die BRD reichen, tragen dazu bei, daß die erste Phase des Prozesses im Foro Italico für die Hintermänner der antibulgarischen Verleumdungskampagne mit einer weiteren Pleite zu Ende geht.

Indes: Die von Untersuchungsrichter Dr. Ilario Martella geleiteten Ermittlungen und die vom stellvertretenden Generalstaatsanwalt Antonio Albano angefertigte Anklageschrift bleiben nach wie vor die Grundlage zur Weiterführung der Verhandlung, das heißt auch der Anklage gegen Sergej Antonow, Shelja Wassilew und Todor Awjasow als vorgebliche Auftraggeber und Organisatoren des Papst-Attentates. Die Strafkammer kann damit nicht von dieser Version abweichen, obwohl die Staatsanwaltschaft im Blick auf die im Zuge des Prozesses bekanntgewordenen Tatsachen und Zusammenhänge inzwischen neue Ermittlungen eingeleitet hat.

Auch die weiteren Sitzungen des Gerichts — insgesamt sind es 97, in deren Verlauf 14 000 Protokollseiten vollgeschrieben

und 245 Tonbänder aufgezeichnet werden — bringen keinerlei Beweise für die Schuld der Bürger aus dem sozialistischen Land. Weder die Aussagen von rund 140 Zeugen noch das sich über drei Wochen hinziehende Auftreten des Vertreters der Anklage, Dr. Antonio Marini, können den endgültigen Zusammenbruch der Version von einer „Bulgarian Connection“ aufhalten.

Zusammenbruch der Anklage

So kommt denn auch der vom Verteidiger Sergej Antonows, Professor Consolo, zum Abschluß seines dreitägigen Plädoyers gestellte Antrag auf bedingungslosen Freispruch seines Mandanten nicht überraschend. Das sei der einzige Weg, jenes Unrecht, das man dem Bulgaren durch vier Jahre Haft zugefügt habe, wenigstens teilweise wiedergutzumachen, und der einzige Weg, das Ansehen der italienischen Verwaltung und Justiz wiederherzustellen.

Der zweite Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Adolfo Larussa, fragt ebenfalls nochmals nach Beweisen und antwortet im gleichen Atemzug: „Es gibt keine Beweise! Ein Beweis ist die Feststellung, die Demonstrierung der Wahrheit einer Tatsache.“

Am 22. März 1986 — der Prozeß währt nunmehr bereits zehn Monate — zieht sich die Strafkammer zur Beratung zurück. Viele Beobachter fragen, ob das Gericht jetzt die römische Weisheit befolgen würde, daß es würdiger sei, einen Fehler einzusehen, als ihn zu vertiefen?

Am 29. März melden die Nachrichtenagenturen aus Rom: Das Appellationsgericht hat die drei angeklagten bulgarischen Bürger freigesprochen. Es folgt damit den zuvor von Staatsanwalt Dr. Marini gestellten Anträgen, der bereits die Anschuldigungen gegen Sergej Antonow, Shelja Wassilew und Todor Awjasow, sie wären in das Attentat auf Papst Johannes Paul II. verwickelt gewesen, nicht aufrechterhalten hatte. Der Freispruch erfolgt wegen Mangels an Beweisen.

Auch Musar Serdar Celebi und der flüchtige Oral Celik werden mit der gleichen Begründung freigesprochen. Ömer Bagci, der die Tatwaffe nach Italien brachte, bekommt drei Jahre und zwei Monate Freiheitsentzug. Mehmet Ali Agca erhält zusätzlich eine einjährige Gefängnisstrafe wegen unbefugten Waffenbesitzes.

Bei aller Freude darüber, daß Sergej Antonow endlich wieder in Freiheit ist, daß der Versuch scheiterte, um jeden Preis ein sozialistisches Land zu verunglimpfen und die Volksrepu-

blik Bulgarien in den Augen der Weltöffentlichkeit in Mißkredit zu bringen, weckt der Beschluß des Gerichts, die drei bulgarischen Bürger lediglich mangels Beweisen freizusprechen, vielerorts ein Gefühl der Unzufriedenheit. Es wird vielmehr zu Recht erwartet, sie endgültig wegen erwiesener Unschuld freizusprechen.

„Das ist ein Urteil, das nichts entschieden hat. Es bleibt ein Zweifel zurück, der auf keinen Fall bleiben durfte“, urteilt Verteidiger Dr. Larussa. „Das Gericht hat ... nicht den Mut aufgebracht, das Urteil so zu formulieren, wie es sein sollte...“, konstatiert Professor Consolo. „Das Gericht griff zu einer Kompromißlösung, weil es nicht die Courage hatte zuzugeben, daß die vergangenen vier Jahre ein großer Fehler waren.“ Deshalb werde er Berufung einlegen.

Die Wahrheit bleibt nicht verborgen

„Der Wahrheit nähert man sich oft nur schrittweise“, räumt der dritte Verteidiger der Bulgaren, Dr. Manfred Rossi, ein. Er bezieht sich damit auf die Aufklärung und die strafrechtliche Verfolgung des Attentats auf Papst Johannes Paul II. In einem Punkt freilich – und das ist der aus politischer Sicht wichtigste – wurde durch die Ereignisse innerhalb und außerhalb des Foro Italo die Wahrheit vollkommen offenbar: hinsichtlich jener Ziele, welche die Autoren des Drehbuchs und die Regisseure der antibulgarischen Verschwörung verfolgen. Diese reichen von einem perfiden Spiel mit menschlichen Emotionen bis hin zur Erfüllung der strategischen Aufgaben des Imperialismus. Er wollte mit dem „Fall Antonow“

- auf die Gefühle vor allem von Millionen Katholiken in aller Welt einwirken und unter ihnen den Haß auf den Kommunismus wecken;
- die Angst vor terroristischen Aktivitäten schüren und – durch die Lüge von ihrem „Import“ aus den sozialistischen Ländern – davon ablenken, daß der Terrorismus eine allein der kapitalistischen Welt eigene, mit ihr verbundene Erscheinung ist;
- die wachsenden Sorgen der Werktätigen wie der Öffentlichkeit überhaupt hinsichtlich der kapitalistischen Wirtschaft- und Sozialkrise verdrängen und das Beispiel der sozialistischen Staaten für eine politisch wie ökonomisch stabile Entwicklung in Mißkredit bringen;
- das Vertrauen und die Achtung gegenüber der Friedenspolitik der sozialistischen Länder und Völker untergraben;

– die Massenbewegung gegen Aufrüstung und Kriegspläne in den eigenen Staaten entmutigen und eine Atmosphäre der Rechtfertigung und widerspruchslosen Hinnahme der imperialistischen Hochrüstung schaffen.

Diese Ziele der imperialistischen Verschwörung konnten nicht erreicht werden. Die sie verfolgenden Machenschaften scheiterten an der Wahrheit selbst, zu deren Findung gerade im „Fall Antonow“ auch ehrliche Publizisten und Journalisten aus westlichen Ländern beitrugen, an der breiten internationalen Solidarität mit den angeklagten Bulgaren, namentlich mit Sergej Antonow, und an der klaren Politik der sozialistischen Staaten, die von ihrem Charakter und ihrem Zweck her auch nicht den geringsten Ansatz für eine „bulgarische Spur“ bieten kann.

In der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ erschienen zuletzt:

- 218 Helmut Lück, Vancouver 1983 – Zum Ertrag der VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen
- 219 Wolfgang Hanke, Kirchenmusik in der DDR – Eine erste Bestandsaufnahme
- 220 Wolfgang Heyl, Erhalten und gestalten – Zu einigen gesellschaftlichen Aspekten der Landeskultur
- 221 Gerald Götting, Martin Niemöller – Kämpfer gegen den Faschismus, Kämpfer für den Frieden
- 222 Hertha Jung, Familie im Sozialismus – Gesellschaftliche Geborgenheit und eigenverantwortliche Gestaltung
- 223 Ilse Bertinetti, Bekenntnis und Entscheidung – 50 Jahre Theologische Erklärung von Barmen
- 224 Günter Wirth, Nachfolge und Engagement – Zum 110. Geburtstag von Emil Fuchs
- 225 Gerald Götting, Christen im sozialistischen deutschen Staat – Bilanz und Ausblick zum 35. Gründungstag der DDR
- 226 Gerald Götting, 40 Jahre CDU – Geschehnisse und Erkenntnisse aus vier Jahrzehnten Parteigeschichte
- 227 Wolfgang Heyl, Für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – Zehn Jahre Schlußakte der Konferenz von Helsinki
- 228 Burkhard Schneeweiß, Gesunde Kinder – Glück der Eltern und Ziel unserer Gesellschaft. Die gesundheitliche Fürsorge um die heranwachsende Generation
- 229/ Gerhard Fischer, Die Hugenotten in Berlin – Zum 300. Jahrestag des Edikts von Potsdam und zum 750jährigen Bestehen Berlins
- 230 Gerald Götting, 40 Jahre Vereinte Nationen – Bilanz und Ausblick
- 232 Wolfgang Heyl, CDU im Bündnis – Zu einigen Aspekten des Wachstums und der Bedeutung der Bündnispolitik
- 233 Apartheid – unmenschlich und widerchristlich. Eine Erklärung der CDU und das KAIROS-Dokument südafrikanischer Christen
- 234 Manfred Stölpe, Kirche „1985“ und 2000 – Sammlung, Öffnung, Sendung
- 235 Hans Krätzig, Entscheidung für Frieden und Fortschritt – Christliche Demokraten beim Volksentscheid in Sachsen 1946
- 236 Hans-Georg Schöpf, Moderne Wissenschaft und christliche Verantwortung – Spitzentechnologien als ethische Herausforderung

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB) Berlin